

# KIK - FRAKTION im Kitzinger Stadtrat

KD. Christof Wolfgang Popp Thomas Steinruck mail:info@KIK2008.de

---

An den Oberbürgermeister  
Herrn Siegfried Müller und  
Die Damen und Herren  
des Stadtrates Kitzingen

19.6.2013

## **Antrag Nr.139-06-2013 Schaffung von LKW-Abstellflächen**

Sehr geehrte Damen und Herren!

Im gesamten Kitzinger Stadtgebiet häufen sich die Beschwerden über abgestellte LKW und über die damit einhergehenden immensen Lärmbelastungen für die Bürger.

Das aktuelle Beispiel solcher Lärmbelästigungen und Ruhestörungen befindet sich in der Richthofenstraße entlang der Bahngleisanlagen.

Somit besteht dringlichster Bedarf an der Bereitstellung geeigneter LKW-Abstellflächen.

In dieser Problematik steht die Stadt in der Pflicht die Bürger vor Lärmeinwirkungen zu schützen und gleichzeitig der berechtigten Forderung von LKW-Fahrern nach Bereitstellung entsprechender Abstellflächen nachzukommen.

Der Bay. Staat zeigt leider keinerlei Entgegenkommen, um bei diesem Problem Abhilfe zu schaffen, z.B. durch die Erlaubnis auf dem Bewirtschaftungsweg entlang der St 2271 im Bereich Klosterforstes LKW abstellen zu dürfen. Die entsprechenden Vorstöße der Stadt wurden immer wieder negativ verbeschieden. Die DB Bahn verpachtet mittlerweile LKW-Abstellflächen am Etwashäuser Bahnhof, erzielt dabei Einnahmen und nimmt billigend in Kauf, dass die Anlieger beständig um Ihren Schlaf gebracht werden.

Bereits mehrfach wurde die Stadtverwaltung in den vergangenen Jahren durch den Verwaltungssenat beauftragt, Vorschläge zur Lösung der Problematik vorzulegen. Bis heute konnte die Stadtverwaltung aber keine adäquate Problemlösung vorweisen. Die Verbarrikatierung von freien Verkehrsflächen mit Steinquadern oder die Verbote für LKW-Parken können langfristig keine Abhilfe schaffen. Sie verlagern die Problematik an andere Stellen im Stadtgebiet.

**Die KIK-Fraktion beantragt auf den freien Grundstücken im Gewerbegebiet Großlangheimer Straße eine dem Bedarf angemessene Fläche (zumindest) als Übergangslösung zum Abstellen von LKW, Sattelschleppern und Containerzügen zur Verfügung zu stellen. Das Abstellen der Fahrzeuge sollte kostenpflichtig im Zuge einer Verpachtung oder gegen eine Gebühr erfolgen, um die entstehenden Unkosten für die Stadt zu kompensieren. Eine Aufsichtsperson ist dafür seitens der Stadt einzustellen. Die Verwaltung wird beauftragt bis Ende Juli eine entsprechende Planung dem Stadtrat vorzulegen. Gleichzeitig sind konkrete Vorschläge für zukünftige Einschränkungen bei der Abstellung der LKW zu unterbreiten.**

Mit der Bereitstellung eines solchen städtischen LKW-Abstellplatzes können im Gegenzug auch an anderer Stelle verkehrsrechtliche Untersagungen für das Parken von LKW ausgesprochen werden und somit eine Auslastung der zur Verfügung gestellten Abstellflächen erreicht werden.

Wir bitten Sie um Ihre Zustimmung!

KD Christof  
KIK-Fraktion

